

## Zusammenfassung

Am 12. Juni 2008 hat in Brüssel die Konferenz zum Thema „Klimawandel - kann der Boden etwas ändern?“ stattgefunden. Veranstalter der Konferenz, die zum Ziel hatte, die Beziehung zwischen Boden und Klimawandel und somit die grenzüberschreitende Dimension der Bodendegradierung durch Erosion, Schwund der organischen Bodensubstanz und fortschreitende Wüstenbildung herauszustellen, war die Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission.

Annähernd 300 Personen, darunter politische Entscheidungsträger, Bedienstete nationaler und regionaler Verwaltungen, Wissenschaftler, Lobbyisten und Beamte der Europäischen Kommission, nahmen an der Konferenz teil und sorgten für ein vielfältiges Publikum. Weitere Persönlichkeiten waren der Vorsitzende des Umweltrates, der isländische Umweltminister, der portugiesische Umweltstaatssekretär, der stellvertretende Vorsitzende des Nichtständigen Ausschusses des Europäischen Parlaments zum Klimawandel und der Berichterstatter zur Thematischen Strategie für den Schutz der Böden im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss.

Den Vorsitz führte Herr Luc Gnacadja (Exekutivsekretär der UN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung). Herr Gnacadja wies die Konferenzteilnehmer darauf hin, dass die schwindende **organische Bodensubstanz eine der Hauptursachen der fortschreitenden Wüstenbildung sei**, die für viele der Ärmsten dieser Welt verheerende Folgen zeitige.

Die Konferenz wurde von Herrn Stavros Dimas (Umweltkommissar der Europäischen Kommission) eröffnet. Herr Dimas hob hervor, dass die **organische Bodensubstanz einer der Hauptfaktoren der Bodenfruchtbarkeit und somit** - vor allem für die Pflanzenwelt - **Lebenseelixier sei**; diese Anschauung fand großes Echo und wurde im Tagesverlauf von vielen anderen Rednern aufgegriffen. Als ebenso bedeutend gilt der Tatsache, dass die organische Bodensubstanz nach den Ozeanen der zweitgrößte Kohlenstoffspeicher der Erde ist. EU-Böden allein enthalten über 70 Milliarden Tonnen organischen Kohlenstoff, eine enorme Menge, wenn man bedenkt, dass die EU jährlich nahezu 2 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> emittiert. Herr Dimas verwies ferner auf die Notwendigkeit, diesen Kohlenstoffspeicher zu schützen und zu verbessern. Aus diesem Grunde müsse der Rat die Annahme des Vorschlags für eine Bodenrahmenrichtlinie vorantreiben, denn **die Europäische Union könne es sich nicht leisten, Zeit zu verlieren und zuzusehen, wie mehr und mehr organische Bodensubstanz schwindet**. Nach Auffassung von Herrn Dimas handelt es sich hier in jedem Fall um ein europäisches, wenn nicht gar ein weltweites Problem, für das eine europäische Lösung gefunden werden müsse.

Die zur Konferenz geladenen führenden Wissenschaftler waren sich trotz unterschiedlicher Herkunftsländer und Hintergründe, unterschiedlicher wissenschaftlicher Interessen und Überzeugungen in ihrer Hauptbotschaft einig: **Der Boden ist Teil des Klimaproblems, kann – und muss – aber auch Teil der Lösung sein**. Zum besseren Verständnis und um eine Quantifizierung zu ermöglichen, muss die Frage, inwieweit Bodenemissionen von Treibhausgasen und die diese Emissionen auslösenden Prozesse verringert werden könnten, weiter untersucht werden. Das Gesamtbild ist jedoch klar – **bewährte Bodenbewirtschaftungspraktiken und die Erhaltung und – soweit möglich – die Verbesserung des Kohlenstoffgehalts des Bodens können dazu beitragen, Emissionen aus fossilen Brennstoffen auszugleichen** (nach Auffassung von Professor Lal gestattet die potenzielle Kohlenstoffspeicherkapazität terrestrischer Ökosysteme einen Ausgleich

von rund 50 ppm der atmosphärischen Kohlendioxidkonzentration, die zurzeit bei 380 ppm liegt).

Professor Smith wies zwar darauf hin, dass die Kohlenstoffspeicherkapazität des Bodens begrenzt und nicht unbedingt von Dauer sei, argumentierte jedoch nachdrücklich für die Kohlenstoffbindung im Boden – und dies ab sofort. Denn die Emissionen oder Emissionsreduktionen der kommenden zehn oder 20 Jahre würden **bestimmen**, in welcher Größenordnung – zwischen +2 und +6°C oder mehr – die Welt bis 2100 mit einem Temperaturanstieg rechnen müsse. Daher sollten alle Sektoren menschlicher Tätigkeiten – einschließlich LULUCF (Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft) und Landwirtschaft – ihren Beitrag leisten und bewährte Bodenbewirtschaftungspraktiken anwenden, um die organische Bodensubstanz zu erhalten bzw. zu verbessern.

Dr. Liski und Dr. Freibauer verwiesen auf die Bedeutung der natürlichen Moore sowohl als Kohlenstoffspeicher als auch als potenzielle Methan- und Stickoxidquellen – von ihrer Rolle als Wasserfilter und ihrer reichen biologischen Vielfalt ganz zu schweigen. Der Schutz der Moore und – sofern sie bereits entwässert sind – ihre Wiederherstellung, sei die dringlichste Maßnahme zur Reduzierung der enormen Treibhausgasemissionen aus Torfböden. Unter demselben Gesichtspunkt argumentierte Dr. Arrouays, dass **sich die Erhaltung existierender Kohlenstoffspeicher als wichtiger erweisen könnte als der Versuch, neue Speicher zu schaffen**.

Im Rahmen der Debatte wurde hervorgehoben, dass **dringend quantifiziert werden müsse, wo und in welchem Ausmaß europäische Böden organische Substanz verlieren**. Obgleich beträchtliche Unsicherheit herrscht, ist bekannt, dass Böden Kohlenstoff abgeben, und – in gewissem Umfang – konnte das Ausmaß dieses Verlustes geschätzt werden. Die Europäische Union ist jedoch bei weitem nicht so weit wie das Vereinigte Königreich, wo es, wie von Frau Bellamy beschrieben, seit Jahrzehnten ein Bodenüberwachungssystem gibt. Das Erkennen und Quantifizieren des Schwunds an organischer Bodensubstanz sind grundlegende Vorbedingung für die wirksame Umsetzung von Bodenschutzmaßnahmen.

Die von Herrn Grant Lawrence (ehemaliger Direktor der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission) geleitete **Panel-Diskussion** wurde mit einer (am 4. Juni 2008 aufgezeichneten) Erklärung von Frau Nathalie Kosciusko-Morizet (französische Umweltstaatssekretärin) eröffnet. Nach Auffassung von Frau Nathalie Kosciusko-Morizet sollten für die Industrieländer in jedem Post-Kyoto-Abkommen Böden als rechenschaftspflichtige Kategorie erscheinen, sollte die GAP die Aspekte des Klimawandels stärker berücksichtigen und sollte es den Landwirten ermöglicht werden, Klimaänderungen in vollem Umfang Rechnung zu tragen. Sie fügte hinzu, der Vorschlag für eine Bodenrahmenrichtlinie werde auf die Tagesordnung der französischen Präsidentschaft gesetzt, da die Richtlinie zur CO<sub>2</sub>-Speicherung im Boden beitragen würde.

Herr Janez Podobnik (slowenischer Minister für Umwelt und Raumplanung und Vorsitzender des Umweltrates) warf die Frage auf, ob Gemeinschaftsmaßnahmen zur Verringerung der Auswirkungen des Klimawandels nicht auch die ständige Überwachung von Referenzflächen sowie Maßnahmen für eine gute Bodenbewirtschaftung vorsehen sollten, in dem Bestreben, die CO<sub>2</sub>-Speicherkapazität des Bodens zu erhalten und zu verbessern. Er bekräftigte ferner Sloweniens Unterstützung der Bodenrahmenrichtlinie und schloss sich dem Standpunkt von Frau Kosciusko-Morizet über die Wiederaufnahme der festgefahrenen Verhandlungen an.

Frau Þórunn Sveinbjarnardóttir (isländische Umweltministerin) verwies auf den Zusammenhang, der vor allem in weniger entwickelten Ländern zwischen dem Übereinkommen zur Bekämpfung der Wüstenbildung, der Klimarahmenkonvention, dem Übereinkommen über biologische Vielfalt und der Ernährungssicherung bestehe. Ein all diesen Übereinkommen gemeinsamer Gedanke sei die Bedeutung des Bodens und der Ökosystemdienstleistungen. Der Kohlenstoffgehalt des Bodens sei ein wesentlicher Faktor der Bodenfruchtbarkeit und ein ausschlaggebender Aspekt der Ökosystemdienstleistungen wie beispielsweise der Wasserrückhaltung.

Herr Humberto Rosa (portugiesischer Umweltstaatssekretär) plädierte nachdrücklich für den Bodenschutz, die Bedeutung der organischen Bodensubstanz und die Notwendigkeit, die Bodenrahmenrichtlinie so bald wie möglich zu verabschieden, da eine europaweite Regelung in diesem Bereich unerlässlich sei.

Herr Vittorio Prodi (stellvertretender Vorsitzender des Nichtständigen Ausschusses des Europäischen Parlaments zum Klimawandel) schloss sich den Ausführungen von Herrn Rosa an und versicherte der Konferenz, dass er sich persönlich dafür einsetzen werde, diesen Legislativvorschlag zu einem erfolgreichen Ende zu bringen.

Herr Staffan Nilsson (Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss) erinnerte an die - trotz intensivem Lobbying seitens der Bauernverbände - befürwortende Stellungnahme seines Ausschusses zu den gemeinschaftlichen Bodenschutzvorschriften. Er verwies auf die Bedeutung von organischen Bodenverbessern und Klärschlämmen für die Sicherung eines ausreichenden Bodengehalts an organischen Substanzen und forderte die Kommission auf, die Klärschlammrichtlinie zu überarbeiten, weil Klärschlämme nur verwendet werden sollten, wenn die Schadstoffwerte (Schwermetalle und organische Verbindungen) herabgesetzt würden.

In seinen Schlussbemerkungen fasste Herr Jos Delbeke, stellvertretender Generaldirektor der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission, die wichtigsten Punkte aus den Vorträgen und Diskussionen wie folgt zusammen:

- **Der Boden ist sowohl Teil des Klimaproblems als auch seiner Lösung.** Es ist unerlässlich, Landnutzungspraktiken zu fördern, die dazu beitragen, die organische Bodensubstanz zu erhalten und – nach Möglichkeit – zu verbessern.
- Angesichts der grenzüberschreitenden Dimension der Bodendegradation ist **eine gemeinschaftsweite Rahmenregelung erforderlich**, um das Problem zu lösen und insbesondere zu bestimmen, wo organische Bodensubstanz schwindet, und diesen Schwund zu quantifizieren.
- Es liegt auf der Hand, dass sich die Europäische Union (und die Welt) an den Klimawandel anpassen muss und dass **der Boden angesichts der schlechteren Klimaverhältnisse bei der Sicherung von Ernährung und Dienstleistungen eine ausschlaggebende Rolle spielt.**

Herr Luc Gnacadja schloss die Konferenz mit dem Argument, wie wichtig es sei, die Debatte über die Beziehung zwischen Klimawandel, schwindender organischer Bodensubstanz und fortschreitender Wüstenbildung fortzusetzen, um nichtnachhaltige Entwicklungstendenzen rückgängig zu machen.